

## Landwirte sollen auf Pestizide und Gülle verzichten

**Kreuzau.** Die Grünen-Fraktion möchte das Pachtwesen in der Gemeinde Kreuzau ändern. Ziel der Umweltpolitiker ist es, dass Landwirte auf gemeindlichen Flächen in Zukunft keine Gülle, Pestizide oder Insektizide mehr ausbringen dürfen, um damit der Blumen-, Insekten- und Vogelwelt etwas Gutes zu tun.

Die neue Regelung soll für alle neuen Pachtverträge gelten, unbestimmte Verträge sollen gekündigt und dann unter der neuen Vorgabe mit den Landwirten neu abgeschlossen werden. Sollte ein Pächter nachvollziehbar begründen können, warum er nicht auf den Einsatz von Gülle, Pestizide oder Insektizide verzichten kann, soll er dazu verpflichtet werden zehn Prozent der Pachtfläche ungespritzt liegen zu lassen oder an anderer Stelle in der Gemeinde eine Ausgleichsfläche zu schaffen. Bei der Sitzung des Umweltausschusses der Gemeinde Kreuzau am Montag, 4. Juni, wird über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen beraten. Die Sitzung beginnt um 19 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses. (smb)



Nach dem Willen der Kreuzauer Grünen sollen Wiesen und Acker bunter werden. Foto: smb

## Pestizidverbot auf Gemeindewiesen?

**Kreuzau.** Die Grünen-Fraktion möchte das Pachtwesen in der Gemeinde Kreuzau ändern. Ziel der Politiker ist es, dass Landwirte auf gemeindlichen Flächen in Zukunft keine Gülle, Pestizide oder Insektizide mehr ausbringen dürfen, um damit der Blumen-, Insekten- und Vogelwelt etwas Gutes zu tun. Die neue Regelung soll für alle neuen Pachtverträge gelten, unbestimmte Verträge sollen gekündigt und dann unter der neuen Vorgabe mit den Landwirten neu abgeschlossen werden. Sollte ein Pächter nachvollziehbar begründen können, warum er nicht auf den Einsatz von Gülle, Pestiziden oder Insektiziden verzichten kann, soll er dazu verpflichtet werden, zehn Prozent der Pachtfläche ungespritzt liegen zu lassen oder an anderer Stelle in der Gemeinde eine Ausgleichsfläche zu schaffen. Für das organisatorische Vorgehen und die Kontrollmöglichkeiten gibt es noch keine Vorschläge. Die Politik spricht am Montag, 4. Juni, 19 Uhr, über den Antrag. (smb)

*Dürens Nachrichten 28.5.18*

*Dürens Zeitung 28.5.18*